

Franz Thierfelder:

Deutsche diesseits und jenseits der Grenzen

Wir wollen nicht untersuchen, wie es kam, daß um 1938 rund 17 Millionen Deutsche außerhalb der Reichsgrenzen lebten, zu denen als deutschsprechende Gemeinschaften Österreicher, Schweizer und Luxemburger meist hinzugezählt wurden. Um diese 25 Millionen Menschen hatte sich nach dem ersten Weltkrieg ein Kranz romantischer Träume, politischer Hoffnungen und wirtschaftlicher Berechnungen geflochten. Nachdem es in Versailles gelungen war, das deutsche Nationalbewußtsein stark zu erschüttern und mit einer Hypothek zu belasten, die einen 15jährigen „launen“ Krieg bis zur Explosion von 1933 bewirkte, klammerte sich der Deutsche an eine Idee, die seiner Anlage wie kaum eine andere entsprach. Es war die volksdeutsche Idee, das Bewußtsein der geistigen Einheit der Deutschen in aller Welt. Diese Idee war nicht nur ein Ersatz für Kolonialismus und Imperialismus, sie war auch ein unverhoffter Trost nach der unvollkommenen Reichsgründung von 1871. Sie befriedigte die unpolitischen Massen diesseits und jenseits der Grenzen, weil sie eine Weltmachtfülle vorspiegelte, die anscheinend organisch herangereift war. Die volksdeutsche Idee schien nachträglich alles zu rechtfertigen, was eigene und fremde Kritiker unserer Geschichte verworfen hatten; aus der Not hatte sie eine Tugend gemacht, und viele glaubten insgeheim, daß sie der Herold der „Stunde der Deutschen“ sei. Dabei war das Schlagwort verschwommen genug, um jedem Gelegenheit zu geben, das herauszulesen, was seinem persönlichen Geschmack entsprach. Es konnte Bedrohung oder Befriedung bedeuten: den ehrlichen Verzicht auf eine natürliche Reservarmee oder die Aktivierung fünfter Kolonnen; die Auslandsdeutschen sollten Brücken zu den fremden Völkern sein oder konnten als politisches Druckmittel verwendet werden. An ihnen konnten Wissenschaft und Politik erweisen, was Deutsche zur Entwicklung der Erde uneigennützig beizutragen hatten, sie konnten aber auch zeigen, wie undankbar sich die anderen Völker verhielten, wenn sie den bescheidenen Ansprüchen der deutschen Minderheiten nicht genügen wollten.

Grundzüge der volksdeutschen Idee

Die volksdeutsche Idee hat entscheidend dazu beigetragen, nach 1918 der enttäuschten Nachkriegsjugend neue Zuversicht einzuflößen; sie ruhte auf den folgenden Überlegungen: 1. Die Zugehörigkeit zu einem Volk bestimmt die Geburt. Diese Zugehörigkeit aufrechtzuerhalten, ist Pflicht jedes volksbewußten Menschen. Wer die Muttersprache preisgibt, oder seinen Kindern vorenthält, begeht Verrat an seinem Volkstum. 2. Solange der Volksgenosse in muttersprachlicher, staatlich umhertogter Gemeinschaft lebt, ist es kein Verdienst, Deutscher in Deutschland zu sein. Erst der Deutsche, der sein Vaterland verläßt, muß sein Volkstum gegenüber dem der fremden Umgebung behaupten und notfalls dafür kämpfen. Er verdient sich also, was anderen in den Schoß fällt, und erwirbt sich dadurch Anerkennung und Anspruch auf Hilfe von der Heimat. 3. Der Deutsche, der im fremden Volkstum aufzugehen bereit ist, gilt als Abtrünniger. Schon die Annahme einer fremden Staatsangehörigkeit macht ihn verdächtig. Da der einzelne Deutsche dem Druck der fremden Umwelt auf die Dauer nicht widerstehen kann, ist es seine Pflicht, sich gruppenhaft mit Volksgenossen zusammenzuschließen. 4. Das eigentliche Vaterland der Auslandsdeutschen bleibt die alte Heimat. Die neue Heimat gewährt der „Gaststaat“ oder das „Staatsvolk“. Man hat seinen Gesetzen zu gehorchen, Steuern zu zahlen und sich seinen Lebensformen anzupassen — aber man bleibt ihm fremd. Die Fremdheit ging vielfach so weit, daß man sich bewußt vom politischen Leben fernhielt, nicht zuletzt deshalb, weil man die Landessprache nicht beherrschte, häufig genug gar nicht lernen wollte. Der Auslandsdeutsche trug in sich ein Bild von der Heimat, das er nicht preisgeben wollte, und so wurde er eine leichte Beute heimatlischer Wandlungen, wenn sie dieses alte Bild zu rechtfertigen schienen. 5. Um die Verbindungen nach draußen zu stärken, haben sich in der Heimat volksdeutsche Organisationen gebildet; ihnen beizutreten ist vaterländische Pflicht. Sie sollen jede politische Tätigkeit vermeiden, um die auslandsdeutschen Gruppen nicht zu gefährden. Unterstützung deutscher Schulen im Ausland, Verbreitung deutscher Bücher und Zeitschriften, Belegung auslandsdeutscher Vereinstätigkeit und Beratung bei Meinungsverschiedenheiten mit dem „Gaststaat“ waren ihre wichtigsten Aufgaben. Außerdem bemühten sich die Verbände bis 1933 ehrlich um eine internationale Rechtsordnung für Minderheiten, um den Minoritätskampf zu entschärfen und dadurch dem Weltfrieden zu dienen.

Nach 1933 wurde freilich manchem klar, daß das auslandsdeutsche Problem auch von einer anderen Seite betrachtet werden konnte — nicht von der romantisch-historischen, sondern von einer aktuell-politischen, wie das in der nichtdeutschen Umwelt schon längst geschehen war.

Volk, Nation und Staat sind die gesellschaftlichen Hauptforderungen, in denen sich größere Menschengruppen als Gemeinschaften erleben. Unter Volk verstehen wir eine Wesensgemeinschaft, die sich in einer gemeinsamen Sprache kundgibt; wann und wie sie entstanden ist, wissen wir nicht, sicher aber auf einer sehr frühen Entwicklungsstufe. In der

Sprache wird ein Gemeinschaftsgefühl entwickelt, das ihre Träger von der anderssprechenden Umwelt absondert. An der Sprache wird erkannt, wer zur Gruppe gehört, aus der Sprache erwächst der gruppeneigene Lebensstil, kurzum, die Sprache ist das wichtigste Gut zur Aufrechterhaltung und Fortentwicklung des Gruppenseins. Dieses Dasein ist jederzeit bedroht, wenn nicht der Wille wach ist, es zu verteidigen. Der Wille gründet sich auf die Einsicht vom besonderen Wert der Muttersprache und der von ihr geschaffenen und weitgehend abhängigen Kultur. Das Wertbewußtsein weckt im einzelnen Gruppenangehörigen alle jene Regungen der Sympathie, des Selbstbewußtseins und der Hingabefreudigkeit, die wir Nationalgefühl nennen. Die Wesensgemeinschaft hat sich zur Willensgemeinschaft, die Sprachgruppe zur Nation gewandelt. Zur Wahrung und Mehrung des geistigen und materiellen Besitzes der Nation bedarf es eines organisierten Willens: die Willensgemeinschaft wird zur Tatgemeinschaft, d. h. zum nationalen Staat.

Die Sprache als Fundament der Völker

Wir haben fast unzulässig vereinfacht, sind zugleich aber davon überzeugt, daß die nationalen und internationalen Probleme weder vom Begriff der Rasse noch von den Gegebenheiten der Umwelt her wirklich gelöst werden können, sondern daß es die Sprache ist, die das Fundament jeder Volksgruppe bildet.

Auch die volksdeutsche Idee mißt der Sprache hohen Wert bei. Stützt sie sich doch nicht zuletzt auf die Lehren Herders, der einmal gesagt hat, jede Sprache sei heilig und ein unwiederholbarer Beitrag zur Entwicklung des Menschengeschlechts. Aber die Volkstums-Theoretiker der letzten Generation ließen sich stärker als es gut war auch von anderen Überlegungen bestimmen. Nachdem ihre Wege zu unvorstellbaren Katastrophen geführt haben, müssen wir neue suchen, auch wenn wir dabei Liebgewordenes preisgeben und bisher Bekämpftes anerkennen müssen.

Eine Sprache oder Gruppe von Sprachen kann ebensowenig rein dargestellt werden wie eine Rasse, deshalb ist jede Höherbewertung einer Sprache, die mit ihrer Reinheit und ihrem Alter begründet wird, sinnlos. Ein brauchbarer Wertmaßstab ist dagegen ihre weltweite Geltung. Nur insofern gibt es „Großsprachen“ und „Kleinsprachen“. Je verbreiteter eine Sprache ist, d. h. je mehr Menschen auf Erden sie sprechen, um so mehr verringert sich die Fremdheit in der Welt.

Die deutsche Sprache ist eine solche „Großsprache“: in vier Erdteilen bodenständig, in mehreren Staaten Muttersprache, in vielen Länder verbindliches oder unverbindliches Lehrfach und auf bestimmten Gebieten wie in den Naturwissenschaften, der Technik, Religion, Philosophie, Dichtung und Erziehung zu gewissen Zeiten Trägerin weltbewegender Ideen. Es gibt Sprachen wie das Chinesische, die von viel mehr Menschen gesprochen werden als das Deutsche, aber in seiner universalen Wirkung ist das Deutsche nur von wenigen anderen Sprachen wie z. B. vom Lateinischen oder Griechischen übertroffen worden.

Unsere Sprache hat zwar bei allen Sprachträgern eine mehr oder weniger wesensähnliche Kultur geschaffen, dieser Kulturgemeinschaft aber ist es nicht gelungen, sich staatlich zur Tatgemeinschaft zu organisieren — nicht einmal in Mitteleuropa auf ihrem größten zusammenhängenden Verbreitungsgebiet. Man könnte daher sagen: die Gemeinschaft der Deutschsprechenden hat sich im Gegensatz zu den Englischsprechenden zum Beispiel nicht oder noch nicht voll ausgelebt; sie setzt sich aus verschiedenen Schichten zusammen, die in Europa staatlich nicht verschmolzen werden konnten und den Keim der Absonderung überall dorthin trugen, wo sie als Auswanderer oder Neusiedler Fuß faßten. Hunderttausende von Auslandsdeutschen in Europa waren „Sprachvolk“ geblieben; nur einzelne Gruppen haben den Schritt zur Nation getan. Da die ältere Auswanderung lange Zeit den Zusammenhang mit dem deutschsprachigen Mitteleuropa verloren hatte, zu einem wesentlichen Teil auch Landbevölkerung geblieben war, war sie des Hochdeutschen oft weniger mächtig als die gebildete fremdvölkische Umgebung. Das erweckte Minderwertigkeitsgefühle — gegenüber den Fremden und auch den „Reichsdeutschen“ gegenüber. Was für den Volkskundler und Philologen reizvoll war, bedeutete in der Gegenwart eher einen kulturpolitischen Nachteil. Das gilt auch für die altertümliche Tracht, die manchen deutschen Sprachgruppen im Ausland einen musealen Anstrich gab, und die Ansicht, hier handle es sich um Volkssplittler, die im 20. Jahrhundert kein Lebensrecht beanspruchen könnten, zu stützen schien.

Ziehen wir nun noch die Deutschen in Uebersee in Betracht, die aus den verschiedensten Ständen in der alten Heimat stammten, erinnern wir uns daran, daß diese Deutschen jenseits der Grenzen als einheitliche Masse, als „Auslandsdeutschtum“, „Volksdeutschtum“, „Deutschtum der Handels- und Gewerbetätigkeit“ oder „Ueberseedeutschtum“ bezeichnet wurden und werden, so müssen wir zugeben: 40 Jahre volksdeutscher Kulturpolitik haben nicht dazu geführt, daß die Deutschen jenseits der Grenzen sachlich begründete und allgemein anerkannte Bezeichnungen erhalten haben.

Unsere vorausgehenden Betrachtungen möchten zu einer Ordnung im Chaos führen. Nachdem wir gesehen haben, daß die Deutschen in der Bundesrepublik und in Ostdeutschland, die Deutschen Deutschlands also, mit den Deutschen außerhalb Deutschlands nichts so durchaus gemein haben wie die Sprache, gleichgültig ob es sich um selbständige Staaten oder um Deutschsprechende in fremden politischen Räumen handelt, wird vorgeschlagen, die beiden Bezeichnungen „auslandsdeutsch“ und „volksdeutsch“ fallen zu lassen und in Europa die deutschsprachigen Gruppen nur noch mit ihren historischen Eigennamen zu bezeichnen. Auch früher hat man die Schweizer deutscher Zunge nicht zu den „Auslandsdeutschen“ gezählt, man hat von den Deutsch-Schweizern gesprochen wie vor dem ersten Weltkrieg von den Deutsch-Österreichern, aber war politisch feinfühlig war, hatte dabei immer ein leises Unbehagen. Das hängt eben damit zusammen, daß das Wort „deutsch“ einen sprachlichen und einen politischen Akzent hat. Der im Falle Österreichs und der Schweiz zu Mißdeutungen Anlaß geben kann und oft gegeben hat. Da Österreich heute im wesentlichen nur von Österreichern bewohnt wird, ist der Zusatz „deutsch“ überflüssig. Bei der Schweiz, die im übrigen über ihre Terminologie selbst entscheiden muß, liegt die Sache ein wenig anders, weil es neben den „Deutsch-Schweizern“ auch Schweizer romanischer Zunge gibt. Letztere bezeichnen wir als „Welsch-Schweizer“ — wir können dieses Wort, das in der Schweiz keinerlei abträglichen Nebensinn hat, unbedenklich gebrauchen und die überwiegende Mehrheit der deutschsprachigen Schweizer schlechthin als „Schweizer“ nennen.

Auch die deutschsprachigen Volksgruppen Frankreichs, Italiens, des Donau- und des Karpatenraumes haben alte überlieferungseigene Namen. Es handelt sich um die Elsäßer und Lothringer (letztere, soweit sie deutschsprachig sind), ferner, um die Südtiroler, die Donauschwaben und die Siebenbürger Sachsen. So bleiben schließlich in unserem Erdteil westlich des eisernen Vorhangs nur drei deutschsprachige Gruppen übrig, für die sich keine besonderen geschichtlichen Namen anbieten: Die Deutschen, die jenseits der Bundesgrenzen in Belgien, Holland und Dänemark leben. Ihnen bleibe die Bezeichnung „Deutsche in Belgien“, „Deutsche in Holland“ und „Deutsche in Dänemark“ vorbehalten.

Für alle Deutschen außerhalb Europas wird die Sammelbezeichnung „Sprachdeutsche“ vorgeschlagen, für alle Deutschen diesseits und jenseits des eisernen Vorhangs in den Grenzen von 1937 die Bezeichnung „Binnendeutsche“, natürlich nur insoweit man sie den „Sprachdeutschen“ geschlossen gegenüberstellt. Zu der Bezeichnung „Sprachdeutsche“ tritt wenn nötig als unterscheidender Zusatz „in Chile“, „in Südafrika“ usw. Will man nur von den Einwohnern der Bundesrepublik sprechen, wird die Bezeichnung „Bundesdeutsche“ empfohlen.

Sprachdeutsch — volksdeutsch — auslandsdeutsch

Welche Vorteile ergeben sich daraus?

1. Die auslandsdeutsche Terminologie wird, soweit es sich heute um deutschsprachige Gruppen in der Welt handelt, entpolitisiert; wir kehren damit zu dem Grundsatz zurück, der theoretisch bis 1933 in Deutschland galt, wenn er auch in der Praxis nicht immer verwirklicht wurde.

2. An Stelle der Begriffe „auslandsdeutsch“ und „volksdeutsch“ tritt in Uebersee die Bezeichnung „sprachdeutsch“ und beseitigt den „Bindestrich-Deutsch“ (Deutsch-Amerikaner, Chile-Deutscher usw.), der in politisch unruhigen Zeiten so oft Anlaß zu propagandistischen Angriffen gegeben hat.

3. Es wird ein endgültiger Trennungsschritt zwischen dem „Binnen-Deutschen im Ausland“, d. h. dem Deutschen, der seine deutsche Staatsangehörigkeit behält und nur vorübergehend im Ausland weilt, und dem „Sprachdeutschen“ gezogen, der sich entschlossen hat, für immer seine Heimat zu verlassen, gleichgültig, ob er alsbald oder erst später die fremde Staatsangehörigkeit annimmt.

4. Die Bezeichnung „sprachdeutsch“ macht jedem Auswanderer, der die geistig-seelische Verbindung mit der Heimat nicht verlieren will, klar, daß die Erhaltung der Muttersprache die unerläßliche Voraussetzung für diesen Zusammenhang ist. Verzichtet er auf die Muttersprache, so muß ihm diese Freiheit zwar eingeräumt werden; es braucht für jemand, der sein Vaterland verläßt, keine Schande, kein Verrat zu sein, in eine andere Nation einzutreten. Aber „Sprachdeutscher“ ist er ohne Beherrschung der deutschen Sprache nicht mehr — mögen ihn auch sonst noch Bande der Verwandtschaft und des Gefühls mit der alten Heimat verknüpfen. Um jedes Mißverständnis auszuschließen, sei ausdrücklich betont: Die Erlernung der Sprache des neuen Vaterlandes kann jedem Sprachdeutschen nur dringend empfohlen werden, denn nur so kann er das recht menschliche Verhältnis zu seiner Umwelt bekommen und sie „entfremden“, d. h. sich zu eigen machen.

5. Es mag eine Weile dauern, ehe die Wörter „auslandsdeutsch“ oder „volksdeutsch“ nicht mehr verwendet werden, denn die Millionen von Verdrängten, die nach 1945 aus ihren alten Wohnsitzen vertrieben

Bemerkungen

Der runde Tisch

Die Stuttgarter Ortsverwaltung der IG Metall hat die Lohnkommission dieser Gewerkschaft aufgefordert, den Tarifvertrag zum frühestmöglichen Termin zu kündigen und unter Berücksichtigung der seit der letzten Lohnerhöhung eingetretenen Verschlechterung der Lebenshaltung Lohnforderungen zu stellen. Die Delegierten hatten sich vorher eingehend mit dem Aktionsprogramm des DGB beschäftigt, und dieses Programm gebilligt, das unter anderem die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich vorsieht. Dieses Programm kann aber doch wohl nur in Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern verwirklicht werden und am schnellsten nur dann, wenn die Verwirklichung nicht durch neue Lohnkämpfe gestört wird. Zu dieser Zusammenarbeit ist vom Präsidenten der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände immer wieder aufgefordert worden. Auch am vergangenen Wochenende empfahl der Referent der Mitgliederversammlung des Wirtschaftsverbandes Steine und Erden Baden-Württemberg den Sozialpartnern, sich an einen runden Tisch zu setzen. Wer dabei die besseren Argumente vorzubringen habe, werde schließlich den anderen überzeugen. Aus dem Gegenüber müsse ein Miteinander werden. Von gewerkschaftlicher Seite werden diese wiederholten Empfehlungen häufig mit dem Hinweis auf das Versagen der Zentralarbeitsgemeinschaft vor 1933 abgelehnt. Auch die Zentralarbeitsgemeinschaft war eine Art runder Tisch für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Daß sie vor 1933 versagt hat, bedeutet noch lange nicht, daß sie auch 1955 versagen muß. Beide Seiten haben inzwischen eine Menge Erfahrungen sammeln können. Auch muß abermals darauf hingewiesen werden, daß es in der Gegenwart — allerdings in einem anderen Lande — eine solche Einrichtung gibt, die zur Zufriedenheit beider Seiten arbeitet. Seit einem Jahrzehnt werden in Holland am ovalen Tisch der „Stiftung der Arbeit“ alle Sorgen des Arbeiters ebenso wie die der Betriebe ausgebreitet, ernsthaft und umsichtig Möglichkeiten neuer Löhne, betrieblicher Verbesserungen und vieles mehr diskutiert und entsprechende Beschlüsse gefaßt. Holland hat sich auf diese Weise eine Menge schwerwiegender Konflikte erspart. Sollte dieses Beispiel nicht auch für uns ein Vorbild sein? Mit ein wenig gutem Willen könnte doch wenigstens einmal ein Versuch gemacht werden, diesem guten Beispiel nachzueifern.

Ein guter Vorschlag

Größte Zustimmung verdient der von dem Bundestagsabgeordneten Dr. Bergmeyer namens 151 Abgeordneter der CDU/CSU eingebrachte Antrag, daß ein kleiner Ausschuß zur Vereinfachung der Verwaltung eingesetzt werden solle. Man kann nur hoffen, daß sich in allen Fraktionen eine große Mehrheit für diesen Antrag finden werde. Schließlich ist die Abneigung gegen das Ueberhandnehmen der Bürokratie bei der Sozialdemokratie nicht geringer als bei den bürgerlichen Parteien. Das beweist der Umstand, daß die von der SPD geführte Koalition in Bayern schon vor einiger Zeit Sparmaßnahmen angekündigt hat. Es dürfte nicht geben, womit sich eine Partei mehr Wählerstimmen sichern kann als mit radikalen Einsparungen bei der Verwaltung. Besonders erfreulich ist, daß Herr Dr. Bergmeyer endlich ausgesprochen hat, was jedermann seit langem weiß: daß die im Herbst 1953 geschaffenen Sonderministerien völlig überflüssig sind und lediglich Geld kosten. Vermutlich hätte sein Antrag in seiner Fassung weniger Zustimmung gefunden, wenn er diese Kritik auch auf das Familienministerium ausgedehnt hätte, das als besonderes Ministerium gleichfalls überflüssig ist und seine recht bescheidenen Erfolge auch als Abteilung des Bundesinnenministeriums erzielen könnte. Einen Gesichtspunkt vergißt man freilich bei der Begründung dieses Antrages. Es muß betont werden, daß die Verdoppelung der Ministerien gegenüber der ursprünglich vorgesehenen Zahl in der Hauptsache ein Ergebnis der Koalitionsarithmetik ist. Je mehr Parteien eine Regierung bilden, um so mehr Ministerien müssen verteilt werden. Also auch unter dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit verdient die Mehrheitswahl den Vorzug. Es wäre gut, wenn gerade die Abgeordneten der Unionsparteien das nicht vergessen würden. Lp

wurden, begründen mit ihrer Eigenschaft als Auslandsdeutsche die Forderungen, mit denen sie an die Binnendeutschen herantraten, mußten. Das schadet nichts. Hier soll ein Vorschlag für die Zukunft gemacht werden, der zunächst der literarisch wissenschaftlichen Beschäftigung mit den Deutschen überhaupt dienen will. Im Augenblick laufen wir Gefahr, mangels zutreffender Bezeichnungen über ein Problem nicht mehr sprechen zu können, das heute nicht weniger wichtig ist als früher.

Der Verfasser dieses Aufsatzes ist auf Widerspruch, aber auch auf Zustimmung gefaßt; auf solche rechnet er um so mehr, wenn er an die vielen Briefe aus Uebersee denkt, die in den letzten Jahren im Institut für Auslandsbeziehungen eingegangen sind und deren Verfasser mit einem Seufzer der Erleichterung die neuen Definitionen begrüßten. Möge jeder bedenken, daß sie aus tiefer Sympathie für diejenigen gemacht worden sind, die unter der jetzigen Ratlosigkeit oft genug seelisch, politisch und wirtschaftlich leiden.

EINE DEUTSCHE POMPADOUR

Roman von Marie Hay

Da er aber Liebhaber und Kavalier war, so forderte ihn die unglücklich gewählte Nachschrift zu der heftigsten Verteidigung seiner Geliebten heraus. Oh, wie schlecht war die Welt! Kein Mann und vor allem keine Frau konnte Wilhelmine verstehen. Sie wurde verkannt, grausam verfolgt.

Als er den Brief seiner Mutter las, der ihn erreichte, als er gerade nach der Schweiz abreisen wollte, zuckte er nur ärgert die Schultern, steckte das Schreiben in die Satteltasche, spornete das Pferd an und galoppierte nach Süden zu der fälschlich beschuldigten Geliebten.

Wilhelmine hatte zwei einsame Monate in Schaffhausen verbracht. Zollerns Schloß stand am linken Rheinufer, den mächtigen Rheinfluß überragend, dessen Tosen ihre unruhigen Gedanken besänftigt hatte. Sie las und musizierte, und die friedlichen, geruchlosen Tage hatten die Jugendschönheit ihrer prächtigen Gesundheit noch vermehrt.

Als Eberhard Ludwig nach Schaffhausen kam, hatte sich das schöne Mädchen, das er in Stuttgart verlassen hatte, zu einem blühenden, lebensfreudigen Weibe entfaltet.

Sie begrüßte ihn mit leidenschaftlicher Glückseligkeit, und die ersten Tage ihres Zusammenlebens vergingen im Uberschwang der Gefühle. Ihr Traum wurde jedoch gestört, als ein Bote aus Wien Depechen für den Feldmarschall der Kaiserlichen Armee, den Befehlshaber des schwäbischen Armeekorps, Monseigneur le Duc de Württemberg, brachte.

Der Herzog war zornig erregt, aber auch besorgt. Warum hatte sich dieser Narr, dieser Forstner, nicht um die Depechen gekümmert? Er hatte ihm unumschränkte Vollmacht gegeben. Die Depechen enthielten wichtige Befehle für das Heer und mußten sofort erledigt werden, und nun waren sie erst nach Heilbronn und dann nach der Schweiz geschickt worden! Seine Hoheit verwünschte Forstner; es war

eine außergewöhnlich mißliche Situation: Befehle aus Wien und Eberhard Ludwig in der Schweiz.

„Selbstverständlich eine Intrige, um uns wieder zu trennen!“, sagte Wilhelmine.

Seine Hoheit war ängstlich, aber sie beruhigte ihn wie gewöhnlich, und er schickte die Depechen an Forstner mit der Anweisung zurück, die darin enthaltenen Befehle auszuführen. Einen Tag lang war wieder Ruhe; dann kam Forstner selbst nach Schaffhausen.

„Warum, in des Teufels Namen, kommen Sie hierher, Monsieur de Forstner?“ war des Herzogs Gruß. „Ich komme, weil es meine Pflicht ist, Monseigneur!“

„Ihre Pflicht? Ihre Pflicht ist es, dort zu sein, wo ich Sie zurückließ — bei der Armee. Aber jetzt, da Sie gekommen sind, sagen Sie mir Ihren Auftrag!“ War dieser herrische, kalte Mann vor ihm derselbe vornehm denkende, leutselige Fürst, dem Forstner so viele Jahre gedient hatte, der Freund seiner Kindheit, der ritterliche Waffengefährte? Armer Forstner, auch du mußt erfahren, daß der überlästige Freund schließlich immer schlecht behandelt wird.

„Meine Botschaft, Monseigneur, wird Ihnen unwillkommen sein, ich weiß es; denn ich soll Sie auffordern, sofort zur Armee zurückzukehren. Der Kurfürst von Hannover ist über Euer Hoheit plötzliche Abreise empört. Er sagt unvernünftig, daß diese Handlungsweise sowohl gegen militärische Disziplin als auch — ich bedauere, mein Fürst, es sagen zu müssen — gegen die Ehre ist. Er sagt, wenn alle seine Generale ihren Maitres nachlaufen, wann es ihnen gefällt, so würde die Armee bald in einen gefährlichen Zustand geraten.“ Der Kurfürst von Hannover hatte sich in weniger gemäßigten Worten geäußert.

„Ich bin regierender Fürst, befehle meine eige-

nen Truppen, die mit der Kaiserlichen Armee verbündet sind, und habe die Freiheit, zu gehen und zu kommen, ohne die Erlaubnis von Monsieur l'Electeur“, sagte Eberhard Ludwig stolz.

„Ich bitte Euer Hoheit inständig, auf meinen Rat zu hören“, rief Forstner; „den Ruf eines Soldaten aufs Spiel zu setzen wegen einer —“

Das Epitheton, das er gebrauchte, war kräftig, und Eberhard Ludwig fuhr wild auf.

„Ja, es ist die Aufgabe eines wahren Freundes, die Wahrheit ohne Verschleierte zu sagen, und Mademoiselle de Grävenitz ist eine schamlose Dirne!“ Als er diese Worte aussprach, trat Wilhelmine in das Zimmer.

„Mein Fürst, erlauben Sie Ihren Freunden, so von mir zu sprechen?“ sagte sie leise.

„Nein — tausendmal nein!“ schrie der Herzog. „Forstner, ich entlasse Sie aus meinen Diensten für immer. Gehen Sie!“ Er zeigte nach der Tür, aber Forstner hatte nicht die Absicht, sich so leicht zum Schweigen bringen zu lassen. Er war ein treuer, beharrlicher Freund, der gute Forstner!

„Mademoiselle de Grävenitz, ich nehme meine Zuflucht zu Ihnen; Seine Hoheit spielt in den Augen Europas eine lächerliche Rolle! Geben Sie ihn frei, schicken Sie ihn zurück zur Pflicht, zur Ehre, zu seiner großen militärischen Karriere.“

„Monsieur, Sie schienen Seiner Hoheit Vorschriften machen zu wollen! Seit wann nehmen Sie sich dieses Recht heraus?“ Sie sprach höhnisch, und Eberhard Ludwig fühlte, daß ihr Spott teilweise gegen ihn selbst gerichtet war. Sie hielt ihn also nicht für stark genug, Forstner zu widerstehen? Sie betrachtete ihn als einen Mann, der sich beeinflussen ließ?

„Ich kenne meine Pflicht, und Sie haben es nicht nötig, sie mir zu zeigen.“

„Monseigneur, Sie haben Ihre Pflicht seit der Ankunft dieser Dame vergessen!“ Forstner verlor die Haltung.

„Ich habe nicht vergessen, die Dame, die ich liebe und verehere, vor Beleidigungen zu schützen“, sagte Eberhard Ludwig kalt, „und ich ersuche Sie, Forstner, augenblicklich das Schloß zu verlassen.“

„Mademoiselle de Grävenitz, Sie haben Seine Hoheit zugrunde gerichtet!“, zischte Forstner; „er ist

allen seinen Eiden untreu geworden. Sie sind eine —“ Seine Worte können nicht wiederholt werden; Wilhelmine fuhr in Schreck und Scham zusammen. Eberhard Ludwig zog das Schwert und zwang den überfertigen Freund zur Tür hinaus.

Einen Augenblick später kehrte Seine Hoheit zurück, und sich vor der Grävenitz auf die Knie werfend, überschüttete er sie mit leidenschaftlichen Liebesworten; doch Wilhelmine blieb still und kalt.

Endlich sagte sie: „Ich ertrage diese Behandlung nicht länger. Ich kann Euer Hoheit nur bitten, mich für immer zu verlassen. Ich werde hier auf dem Schloß, das mir mein Freund, Monseigneur de Zollern, als Zufluchtsort angeboten hat, bleiben, da Euer Hoheit mich vor Beleidigungen nicht schützen kann und will.“

„Was soll ich tun, Geliebte? Ich möchte dir alles geben; aber ich habe nicht die Macht, deine Stellung zu legalisieren.“

„Das sehe ich und darum verlange ich, daß du mich verläßt!“

„Wilhelmine, liebst du mich?“

„Ich liebe dich; aber diese Schmähungen sind nicht zu ertragen. Ich habe niemand, der mich beschützt — du kannst es nicht; denn du allein bist die Ursache aller Unwürdigkeiten, die ich ertragen muß.“

„Ach, ich wünschte, daß ich dich zur Herzogin, zu meiner legitimen Gattin machen könnte; dann wärest du vor Beleidigungen sicher.“

„Du wagst es nicht, obgleich andere Fürsten den Mut dazu hatten.“

„Ich wage es nicht? Ich? Himmel! Wer darf sagen, daß ich es nicht wage?“ rief er.

„Du wagst es nicht!“ und als sie aus dem Zimmer ging, rief sie ihm noch einmal über die Schulter verächtlich zu: „Du wagst es nicht!“

Es war am Morgen des 29. Juli 1707. Madame de Ruth und ihr Diener waren in dem getäfelten Zimmer des Neuhauses bei der Arbeit. Die alte Dame drapierte den Tisch mit seidenen Decken. Bei der ungewohnten Arbeit hatte sich die hochgetürmte Frisur verschoben, der künstliche Bau hatte sich zur Seite geneigt, und ein Puderregen rieselte auf Madame de Ruths Schultern. (Fortsetzung folgt)

Copyright by Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart